

Aus: Populismus: Historische und aktuelle Erscheinungsformen (Campus »Studium«) von Karin Priester von Campus Verlag (Taschenbuch - 16. April 2007)

4.2 Die 1930er Jahre: John Dewey – Pragmatismus und *New Deal*

Nach diesem kurzen historischen Überblick über die Entstehungshintergründe des amerikanischen Populismus ist zu zeigen, dass die-

Urheberrechtlich geschütztes Material

John Dewey und der Pragmatismus

John Dewey (1859–1952) gilt als der bedeutendste, bis heute nachwirkende Philosoph des amerikanischen Pragmatismus. Maßgeblichen Einfluss hatte Dewey auch als Demokratietheoretiker und Pädagoge. Einen zentralen Stellenwert in Deweys Philosophie nehmen die Begriffe Erfahrung und Experiment ein. Sie sind grundlegend für alle Formen der Vergemeinschaftung. Auch der Staat ist nichts anderes als ein offizielles Experiment, dessen Zweck es ist, auf experimentell-dialogische Weise das Gemeinwohl der Gesellschaft zu bestimmen. Da Erfahrung sich durch Kontinuität und Interaktion auszeichnet, ist die Kunst des politischen Dialogs grundlegend für Deweys Demokratieverständnis, wohingegen der institutionelle Rahmen nur ein Mittel ist. Ganz ähnlich äußerte sich der Philosoph Karl Jaspers nach dem zweiten Weltkrieg: »Die formale Demokratie – das freie, gleiche, geheime Wahlrecht – ist aber als solche keine Sicherung der Freiheit, vielmehr zugleich ihre Bedrohung. Nur unter den charakterisierten Voraussetzungen – ein Ethos gemeinsamen

ser keineswegs so homogen war, wie es zunächst erscheinen mag. Vielmehr zeichnen sich in den verschiedenen Landesteilen unterschiedliche Entwicklungen ab. Auch müssen unterschiedliche Phasen, in denen der Populismus stark war, unterschieden werden: die agrarpopulistische Bewegung der 1890er Jahre, der Populismus in den 1930er Jahren, seine Renaissance in den siebziger Jahren mit dem »neuen«, linken Populismus und schließlich seine Ausprägung in den neunziger Jahren mit der von Henry Ross Perot initiierten *Reform Party*.

Für die 1930er Jahre lassen sich drei Tendenzen unterscheiden: Die linke, von John Dewey getragene, intellektuelle Richtung, die in der *League for Independent Political Action* zusammenkam, die gemäßigte La Follette-Norris-Gruppe im Nordwesten der USA und schließlich die im Süden und Südwesten verbreitete, Ende des 19. Jahrhunderts schon mit Tom Watson einsetzende, Anfang der dreißiger Jahre von Huey P. Long und in den sechziger Jahren von George C. Wallace vertretene Variante.

konkreter Aufgaben, unbedingte Verteidigung der Grund- und Menschenrechte, Gründung im Ernst des Glaubens – ist sie verlässlich. [...] Daher ist die freie und verantwortliche Gemeindeverwaltung unerlässlich für die Entstehung eines demokratischen Ethos. Nur was im kleinsten Umfang in nächster Nähe jederzeit im Leben praktisch geübt wird, kann die Menschen reif machen zu dem, was sie in größeren und größten Räumen demokratisch verwirklichen sollen». (Jaspers 1949: 210 und 212)

Dewey geht von folgenden Annahmen aus: Alles menschliche Handeln ist zunächst und vor allem Gemeinschaftshandeln in Institutionen wie Ehe, Nachbarschaft, Freundschaft, Gemeinschaft am Arbeitsplatz, aber auch der Nation. Die Nation als eine mögliche Ausprägung von Gemeinschaft ist nicht primär, sondern transitorisch oder provisorisch, da die Vergemeinschaftung als anthropologisch vorgegebene Form des Menschseins unterschiedliche Formen annehmen kann. Unter Gemeinschaft versteht Dewey eine kontinuierliche, von Erfahrung geleitete diskursive Praxis, die anthropologisch im Menschen angelegt ist.

Dewey unterscheidet zwei Formen von Demokratie: Demokratie als Staatsform, die nur eine Maschine ist, und Demokratie als Lebensform oder als moralische Demokratie. Letztere besteht aus der Gesamtheit aller ethischen Grundsätze und moralischen Ideale, die die Entwicklung der sozialen Fähigkeiten des Individuums in der Gemeinschaft festlegen und garantieren. Dabei orientiert sich Dewey an den frühesten Formen der politischen Praxis in den USA, den *town meetings*, zu denen die Bürger als politische Laien zusammenkamen, um über die Belange des Gemeinwesens in einem Akt gemeinsamen Handelns zu debattieren. Den Gründungsakt des amerikanischen Gemeinwesens als eines auf Zukunft und Offenheit hin angelegten politischen Experiments findet Dewey im *Mayflower Compact* von 1620, hervorgegangen aus dem Geist der Pioniergeneration und der Erfahrung der *frontier*, der vordersten Front oder Linie im Prozess der Ausbreitung nach Westen.

In diesem Verständnis von Demokratie als moralischer Grundlage von Gemeinschaftserfahrung und als Lebensform ist Philosophie nichts anderes als gelebte Demokratie und diese ein lebenslanger

Lern- und Kommunikationsprozess. Philosophie, Demokratietheorie und Pädagogik fallen also zusammen als unterschiedliche Aspekte der philosophischen Kerngedanken der (Welt-)Offenheit, der Kontingenz, der Zukunftsgewandtheit und des Experimentalismus.

Priorität in Deweys Demokratie- und Gesellschaftslehre als angewandter Philosophie hat das ursprüngliche Gemeinschafts- und Verbandshandeln, wohingegen die staatsrechtliche oder institutionelle Seite der Demokratie als Experiment mit offenem Ausgang sekundär ist. Die antimetaphysische Grundhaltung Deweys und sein Instrumentalismus – die These, dass Demokratie ein fortwährendes Experiment von Versuch und Irrtum sei – bedeutet nicht nur die Geringerschätzung der freiheitssichernden Aspekte demokratischer Institutionen, sondern auch einen Verzicht auf letzte, allgemeingültige Werte. Der Pragmatismus beinhaltet grundsätzlich keine politische Option, was der in der Tradition des Pragmatismus stehende Philosoph Richard Rorty ausdrücklich konzediert (vgl. Rorty 1994: 11). Vor diesem Hintergrund ist auch Deweys Interpretation der drei zentralen, aus der Französischen Revolution hervorgegangenen Begriffe Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, zu verstehen, denen er einen populistisch-genossenschaftlichen Sinn unterlegt.

Ein anderes Verständnis von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit

Unter Freiheit versteht Dewey nicht Freiheit vom Staat, sondern Zukunftsfrage. Gleichheit bedeutet für ihn nicht Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz und ist auch nicht im egalitären Sinne zu verstehen. Gleichheit ist für Dewey vielmehr die jeder Person zukommende Selbstverantwortung in Tun und Handeln. Diese Eigenverantwortlichkeit kann nicht nach oben oder unten – an Autoritäten wie Chefs und Vorgesetzte oder an Untergebene – abgetreten werden. Gleichheit heißt in diesem Verständnis die unvergleichliche Einzigartigkeit eines jeden Menschen und impliziert, dass seine Aufgaben nicht an Stellvertreter delegierbar sind. Wir werden diesem Denken bei dem Populisten Pierre Poujade wieder begegnen.

Schließlich versteht Dewey auch unter Brüderlichkeit weder soziale Egalität noch internationale Solidarität oder die universelle Brü-

Diese Methode der kooperativen oder organisierten Intelligenz ist nach Deweys Verständnis eine Form der deliberativen Demokratie, in der soziale Konflikte in einem dialogischen Verfahren offen zur Sprache gebracht werden, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Deweys Kritiker sahen darin allerdings eher eine Form von *social engineering*, die von Intellektuellen und Experten getragene soziale Planung mit technokratischen Managementtechniken wie in der Industrie. Er habe dem Pragmatismus abgeschworen zugunsten des Positivismus, lautete die Kritik. Dewey selbst versteht den Einsatz von wissenschaftlicher oder kooperativer Intelligenz im Bereich der sozialen Praxis jedoch nicht als eine Form der technischen Rationalität, sondern im Aristotelischen Sinne als *praxis*, als praktische Vernunft. Dennoch steht der Glaube des späten Dewey an die Beherrsch- und Steuerbarkeit sozialer und politischer Probleme durch wissenschaftliche Laboratoriumsmethoden eher in der tendenziell autoritären, positivistischen Tradition Auguste Comtes als in genuin populistischen Traditionen.

Dewey schlug den Weg zu einer amerikanischen Form der Sozialdemokratie ein, der Verbindung von demokratischem Sozialismus mit einem sozial verantwortungsbewussten Liberalismus, beide miteinander verbunden durch einen planend-gestaltenden Eingriff des Staates in die Gesellschaft mit Hilfe der Sozialwissenschaften. Mit der Aufwertung dieser »kooperativen Intelligenz« als einer politisch steuernden neuen Schicht von Experten, Sozialplanern und Technokraten beschriftet Dewey einen Weg, der bis heute kontrovers diskutiert wird. Für die einen stellte Dewey sich damit außerhalb des populistischen Horizonts. Andere sahen darin jedoch eine notwendige Anpassung des populistischen »Geistes« an eine neue Phase des amerikanischen Kapitalismus.

Dewey trat nicht nur in seiner Eigenschaft als Wissenschaftler und Philosoph politisch hervor, sondern engagierte sich auch in der Politik. Nachdem die *Progressive Party* als dritte Partei im politischen Spektrum der USA an Einfluss verloren hatte und auch die Organisationen der Populisten, die *Farmers' Alliance* und die *People's Party*, nur noch Lobbyarbeit betrieben, stellte sich für viele kritische Liberale die Frage, auf welchem Weg sie ihren Einfluss geltend machen sollten.

Im Jahre 1928 wurde die *League for Independent Political Action* (LIPA) gegründet, die indessen schnell den Vorwurf auf sich zog, eine elitäre, linksliberale Intellektuellenvereinigung zu sein. Sie verstand sich als amerikanische Version der britischen *Fabian Society* und verfolgte das Ziel, als intellektuelle Vorfeldorganisation für eine amerikanische *Labor Party* mit Klassen übergreifender sozialer Basis tätig zu werden. Zielgruppen waren Farmer aus dem mittleren Westen, liberale Mittelschichtangehörige und unorganisierte Arbeiter.

Zu den Grundüberzeugungen der LIPA gehörten die Überwindung der liberalen Marktwirtschaft durch nationale Wirtschaftsplanung, ein demokratisches Management der Industrie, gerechte Einkommensverteilung, garantierte Mindestlöhne und Beschäftigungsgarantien durch ein staatliches Programm für öffentliche Arbeiten. Ferner sollte der Staat Kooperativen subventionieren, ein Kreditssystem für Farmer entwickeln und ein Programm für Ernteversicherungen zum Schutz vor Naturkatastrophen auf den Weg bringen. Im Unterschied zu den populistischen Bauernorganisationen, die in der Außenpolitik isolationistisch dachten, vertrat Deweys LIPA überdies einen internationalistischen, an der Politik Wilsons orientierten Standpunkt.

Das Ausmaß an Arbeitslosigkeit, Not und Verelendung machten staatliche Intervention und öffentliche Beschäftigungsmaßnahmen notwendig. Das frühliberale Ideal staatsfreier Selbstständigkeit und Selbsttätigkeit, die Abneigung der Populisten gegen Planung und Expertokratie waren aus Deweys Sicht obsolet geworden angesichts einer Entwicklung, die nur mit Hilfe gezielter staatlicher Planungstätigkeit überwunden werden könne.

Die LIPA war einer von mehreren Versuchen, das amerikanische Zweiparteiensystem durch eine dritte Partei aufzubrechen, blieb aber gespalten in der Frage der sozialen Basis und in der Reichweite staatlicher Intervention. Dewey vertrat die Sache einer zentralstaatlichen Planung, stieß aber auf Widerstand bei den wirtschaftsliberalen Kräften in der LIPA. Auch die Linken blieben skeptisch, hatten sie doch eher eine linke Arbeiterpartei als eine von intellektuellen Mittelschichten dominierte Volkspartei im Auge.

Zur Entfremdung Deweys von der LIPA kam es, als er 1930 einen Vorstoß unternahm, den republikanischen Senator George W. Norris aus Nebraska dazu zu bewegen, seine Partei zu verlassen, um als Kandidat einer dritten Partei zu den Wahlen von 1932 anzutreten. Norris, der mit dem Populismus sympathisierte, aber ein gestandener Liberaler war, konnte sich mit Deweys Vorstellungen zur Wirtschafts- und Sozialplanung nicht anfreunden und sagte ab. Damit war Deweys Versuch gescheitert, eine personalistisch auf einen populären Politiker ausgerichtete linksliberale Volkspartei aufzubauen. Als andere Kräfte in der LIPA die Oberhand gewannen, die Deweys Plan eines Bündnisses zwischen Farmern, städtischen Arbeitern und Mittelschichtintellektuellen für illusionär hielten, zog sich Dewey resigniert aus der aktiven Politik zurück.

1939 nahm der inzwischen achtzigjährige Philosoph noch einmal zu den Zukunftsfragen des Landes Stellung und forderte eine »schöpferische Demokratie«. Die Phase des frei verfügbaren Landes und des Pionierzeitalters sei abgeschlossen. Die *frontier* sei nur noch moralisch zu verstehen, nicht physisch. (Dewey 1939) Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges und vor dem Hintergrund der Diktaturen in Europa nimmt Dewey mit seinem Plädoyer für die Demokratie als Lebensform Grundüberzeugungen der kommunitaristischen Bewegung der siebziger Jahre vorweg. Die oben erwähnte Geringschätzung der institutionellen Dimension von Demokratie, die starke Betonung ihres experimentellen und moralischen Charakters als Lebensform auf der Grundlage gemeinsam geteilter Werte werden deutlich, wenn Dewey hervorhebt, Demokratie sei der Glaube, dass der Prozess der Erfahrung wichtiger sei als jedes erreichte Ergebnis.

6. Ausblick

Der große Systemgegensatz zwischen Kapitalismus und Kommunismus, zwischen parlamentarisch-repräsentativer Demokratie und Diktatur hat das 20. Jahrhundert als »kurzes Jahrhundert« (Eric Hobsbawm) zwischen 1918 und 1989 beherrscht. Neben diesen beiden Gegnern hat es zahlreiche Suchbewegungen nach dritten Wegen zwischen Individualismus und Kollektivismus gegeben, deren Wurzeln bis weit ins 19. Jahrhundert zurückreichen. Zu den wichtigsten zählen auf dem linken Spektrum die Sozialdemokratie, auf dem rechten der Faschismus und in der Mitte die christliche Soziallehre, die nach 1945 Eingang in die christdemokratischen Volksparteien gefunden hat.

Zugleich brachte dieses »kurze« Jahrhundert, ausgelöst durch die Er kämpfung des allgemeinen Wahlrechts, eine Integration der bis dahin aus der Politik Ausgeschlossenen in das politische System. Erstmals in der Geschichte wurde das Staatsvolk identisch mit dem Wahlvolk, ein Prozess, der gerade im bürgerlichen Lager ein Umdenken notwendig machte. Große Massenintegrationsparteien traten an die Stelle der älteren, klassen- oder schichtspezifisch ausgerichteten und formierten sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu den christdemokratischen und sozialdemokratischen Volksparteien. Ihre große Syntheseleistung zwischen Konservatismus bzw. Sozialismus und Liberalismus stand unter dem Signum des »Sozialen«. Leitbegriffe oder Selbstbezeichnungen wie soziale Marktwirtschaft, Sozialstaat, soziale Demokratie, christlich-soziale Union, Sozialpakt, Sozialpartnerschaft etc. prägten und prägen immer noch unsere politische Kultur bis hin zu Schlagworten wie »Sozialverträglichkeit«. Als Kräfte der »sozialen Verantwortung« und des »sozialen Ausgleichs« signalisierten die Volksparteien, dass sie die »schweigende Mehrheit«

die Menschen »draußen im Lande« nicht aus den Augen verlieren, seien es die lohnabhängigen Massen oder der selbstständige Mittelstand von Gewerbetreibenden, Handwerkern und Kleinunternehmern.

Auch der Populismus ist eine solche Suche nach einem dritten Weg zwischen Individualismus und Kollektivismus. Er beruht auf der Gleichsetzung von »Volk« mit dem selbstständigen Mittelstand oder den »kleinen Leuten«. Diese »kleinen Leute« fühlen sich seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zunehmend in Bedrängnis durch die »Großen«, die sie »von oben« und »von unten« in die Zange nehmen. Zu diesen »Großen« zählen nicht nur das große, international operierende Kapital, sondern, als Sprachrohr der Arbeiterschaft in der Großindustrie, auch die Gewerkschaften. Ihnen zur Seite tritt als Dritter im Bunde der Staat, der aus populistischer Sicht nur deren Interessen vertritt.

Diese drei Gegner von Populisten treiben die gesellschaftliche Modernisierung voran, die ihrerseits zu Megalomanie tendiert – zu Großstädten, Großproduktion, zu großen Konzentrationen in allen gesellschaftlichen Sphären, angefangen beim Handel bis zu den großen »Lernfabriken« im Bildungswesen, was wiederum zur Anonymisierung von Verantwortlichkeiten und zur »Vermassung« führt. Populisten nehmen indessen nicht an Modernisierung *per se* Anstoß, sondern am Modus ihrer Durchsetzung. Dazu zählt einmal eine zu große Geschwindigkeit. Sie wird als Belastung und Zumutung empfunden, weil gewachsene Lebenswelten, Traditionen, Wertorientierungen und Lebensformen zu rasch in Frage gestellt und über Bord geworfen werden. Dazu gehören zum anderen aber die Instrumente dieser Modernisierungsstrategie, nämlich eine elitäre, intransparente Absprachenpolitik der drei »Großen« sowie ein ganzes Heer »niederer Dämonen«, die im weitesten Sinne als Staatsbedienstete fungieren: Bürokraten, Experten in undurchschaubaren Gremien und Beraterstäben, praxisorientierte Wissenschaftler und nicht zuletzt Technokraten, die das »zweckrationale Handeln« (Max Weber) auf Kosten des affektiven und des traditionellen Handelns zum obersten Gebot erheben. Populisten mobilisieren daher nicht gegen Eliten schlechthin, sondern vorrangig gegen sozialplanerisch tätige Aufklärungseliten. Diese gelten als paternalistische, arrogante, bevormundende *Nar-*

Class, die den Staatssektor aus wohlverstandener Eigeninteresse unnötig aufbläht und durch bürokratische »Zähflüssigkeit« verkrustet. Gegen diese staatsnahen Planungs- und Exekutiveliten machen Populisten im Namen freier, mündiger, nachemanzipatorischer Bürger Front. Angestrebt wird eine Privatrechts- oder Vertragsgesellschaft, in welcher der Staat als Garant gesellschaftlicher Integration und als Anwalt der sozial Schwachen obsolet wird.

Populistischer Widerstand formiert sich immer dann als eigenständige Bewegung, wenn eine Krise der Repräsentation vorliegt, wenn also die Menschen »draußen im Lande« sich politisch nicht mehr repräsentiert und ernst genommen fühlen. Bezogen auf die westliche Hemisphäre trat Populismus als eigenständiges Phänomen immer nur kurzfristig als Protestbewegung und als Agenda-Setter in Erscheinung. Populisten sprechen im Namen des »produktiven Volkes«, verstanden als Werte schaffende Produzenten, seien es Bauern, Gewerbetreibende oder andere selbstständige Zwischenschichten. Aus der Idealisierung dieser hart arbeitenden Menschen resultiert aber eine dem Populismus inhärente, spezifische Einäugigkeit. Vor dem Hintergrund einer liberalkonservativen Mentalität, die sich selten oder nie zu einer Ideologie verdichtet, stellen Populisten nur Begleiterscheinungen der Modernisierung an den Pranger, vor allem den Verlust der ökonomischen Selbstständigkeit, den Zwang zur (Lohn-)Abhängigkeit, der als Absinken in die »Sklaverei« wahrgenommen wird. Lohnabhängigkeit entwertet und entwürdigt Menschen aus populistischer Sicht ebenso wie ein Luxusleben, das nur auf Börsenspekulation und anderen Formen rascher Bereicherung ohne erkennbare Arbeitsleistung beruht.

Populisten, so war zu zeigen, vertreten das frühliberale Ideal einer weitgehend staatsfreien Gesellschaft. Werte wie Selbstständigkeit, Selbsttätigkeit, Selbstbestimmung, Selbsthilfe, Vertrauen in die eigenen Kräfte und die des familiären und sozialen Nahbereichs rangieren vor jeder Staatstätigkeit. Die Selbstorganisation freier Bürger und Bürgerinnen, sei es in den amerikanischen *town meetings*, in bäuerlichen Genossenschaften oder anderen staatsfreien Zweckverbänden auf beruflicher oder lokaler Basis hat für Populisten oberste Priorität. Sie unterscheiden sich damit von jenen Konservativen, die, bei aller Kritik am Sozialstaat, doch den Staat als Leviathan verteidigen. Spätes-

tens durch die Industrialisierung sei, so Ernst Forsthoff, die Idealvorstellung von der sich selbst stabilisierenden, staatsfreien Gesellschaft ad absurdum geführt worden. (Forsthoff 1971: 23)

Werden ihr Gesellschaftsideal und ihre Lebensweise bedroht, können sich Populisten – wie in den USA – Hilfe suchend an den Staat wenden. Sie tun dies aber nicht mit der Perspektive, sich durch sozialstaatliche Zuwendungen alimentieren zu lassen und damit in Abhängigkeit zu geraten. Vielmehr klagen sie jene Gemeinwohlorientierung des Staates ein, die in Westeuropa von den christdemokratischen Parteien vertreten wurde, nämlich Garantie »fairer« Marktchancen, Abfederung von Risiken des internationalen Wettbewerbs, Hilfe zur Selbsthilfe, Förderung des Mittelstandes als »Rückgrat der Nation« (Poujade), Subsidiarität und eine Gesellschaftsordnung, in der jedem das Seine (*chacun son due*) zukommt und nicht von einem umverteilenden Staat in eine »falsche« Richtung kanalisiert wird.

Je mehr nun diese »kleinen Leute« als Produzenten sozial und ökonomisch absinken und je anomischer und perspektivloser ihre Lage wird, desto rabiater treten sie auf. Sie werden anfällig für Demagogen mit ihren Heilsversprechungen und für Hassprediger, die zu »kompensatorischer Kriegführung« (David J. Saposs) übergehen und nach Sündenböcken suchen. Populistische Bewegungen können dann in gefährliche Nähe zu faschistischen Strömungen und Tendenzen geraten.